

Rückblick ausserordentliche Session 2020

Andreas Ott, Fraktionssekretär

WICHTIGSTE GESCHÄFTE



Parlament stellt sich mehrheitlich hinter Öffnungsplan der SVP

[20.2133/20.3159 Mo. WAK Smart Restart](#)

[20.3134/20.3160 Mo. WAK Etappierte Aufhebung des gastgewerblichen Stillstands](#)

Bereits am 31. März 2020 präsentierte die SVP dem Bundesrat eine [Strategie zur schrittweisen Lockerung der wirtschaftlichen Einschränkungen bei gleichzeitigem Schutz der Bevölkerung](#). Der Druck zeigt allmählich Wirkung: Ab nächstem Montag, 11. Mai 2020 können nun endlich der Detailhandel und die Restaurants wieder öffnen. Auch eine klare Mehrheit des Parlaments stützt den Kurs der SVP und nimmt entsprechende Vorstösse an, die eine schnellere Rückkehr zur Normalität – unter Einhaltung der Abstands- und Hygieneregeln – fordern.

Geschäftsmieten: Eigentumsgarantie (vorerst) nicht verletzt

[20.3142 Mo. WAK-NR Miete im Gastgewerbe. Die Mieter sollen nur 30 Prozent der Miete schulden](#)

[20.3161 Mo. WAK-SR. Geschäftsmieten](#)

Die SVP hat Verständnis für die Existenzängste vieler Betriebe. Deshalb hat sie bereits am 31. März eine [Strategie zur schrittweisen Lockerung der wirtschaftlichen Einschränkungen bei gleichzeitigem Schutz der Bevölkerung](#) verlangt und während der ausserordentlichen Session die rasche Aufhebung des Notrechts gefordert. Wichtig ist, dass die Betriebe rasch wieder funktionieren können. Die im Parlament eingereichten Kommissionsmotionen, die einen staatlich verordneten Mietzinsverzicht fordern, sind aber nichts anderes als eine staatlich angeordnete Enteignung und ein massiver Eingriff in die verfassungsmässig garantierten Eigentumsrechte. Damit würde die Büchse der Pandora geöffnet, ist doch die Eigentumsgarantie die Grundlage für eine funktionierende Marktwirtschaft sowie die Voraussetzung für die Gewährleistung der öffentlichen Wohlfahrt. Mit Überbrückungskrediten, Erwerbsersatz für Selbständige und Kurzarbeitsentschädigung wurde eine gute Abfederung für die betroffenen Betriebe beschlossen.



Grenzenlose Spendierfreudigkeit des Parlaments

[20.007 Voranschlag 2020. Nachtrag I](#)

Rund 60 Milliarden Franken bewilligten National- und Ständerat in dieser Session im Eilzugstempo. Dabei geht es um notwendige Abfederungsmassnahmen wie die Darlehen für KMU (Bürgschaftskredite über 40 Mia. Franken), Finanzspritzen für die Arbeitslosenversicherung (6 Mia. Franken) und die EO (5.3 Mia. Franken), sowie Garantien für die gebeutelten Fluggesellschaften SWISS und Edelweiss (1.275 Mia. Franken). Doch gleichzeitig werden auch anderweitige finanzielle Begehrlichkeiten im Zuge der Coronakrise gegen den Willen der SVP einfach durchgewinkt: Schutzmasken werden für komplett überzogene Preise eingekauft und die Berner Messe verlangt Wucherpreise für die Räumlichkeiten für National- und Ständerat, die ausserhalb des Bundeshauses tagen mussten (3 Mio. Franken für nur drei Tage).

Parlament setzt Schweizer Arbeitslose der EU-Billig-Konkurrenz aus

[20.3130 Mo. APK-NR. Schrittweise Öffnung der Grenzen und Wiederherstellung der Personenfreizügigkeit](#)

Die Kontrolle der Landesgrenze hat nicht nur einen grossen Beitrag zur Eindämmung des Coronavirus beigetragen, auch die grenzüberschreitende Kriminalität ist eingebrochen und die Personenfreizügigkeit wurde faktisch ausser Kraft gesetzt. Statt die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt abzuwarten, fordert eine Mehrheit des Nationalrats bereits die Wiederherstellung der Personenfreizügigkeit. Die wegen der Coronakrise immer zahlreicher werdenden Schweizer Arbeitslosen (aktuell sind schon mehr als 150'000 Personen arbeitslos) werden damit schonungslos der Billig-Konkurrenz aus der EU ausgeliefert. Da bleibt nur eins: Ein JA zur Begrenzungs-Initiative am 27. September 2020!

Mehr Geld ins Ausland statt für die Schweizerinnen und Schweizer

[20.3131 Mo. APK-NR Nachtragskredit für die humanitäre Hilfe](#)

Ein Rekordbudget zur Abfederung der Coronakrise, steigende Arbeitslosenzahlen, tausende drohende Konkurse – die Zeichen stehen klar auf Sturm. Doch die anderen Parteien wollen die Auslandhilfe um weitere 100 Millionen Franken aufstocken. Die SVP fordert leider ohne Erfolg, dass zuerst die Krise in der Schweiz überwunden sein müsse, bevor sich die Schweiz im Ausland grosszügig zeigen und Steuergelder verschenken kann.

Noch mehr Steuergelder für die Medien...

[20.3145 / 20.3154 Mo. KVF. Unabhängige und leistungsfähige Medien sind das Rückgrat unserer Demokratie](#)

Zahlreiche Unternehmen müssen den Gürtel enger schnallen. Das spüren auch die Medien. Sie verzeichnen weniger Buchungen von Inseraten und Werbung. Doch anstatt eigenverantwortlich Lösungen zu suchen, machen sie lieber beim Steuerzahler die hohle Hand. Es versteht sich von selbst, dass nur die SVP und eine paar vereinzelte andere Bürgerliche den Mut haben, dieser Forderung eine Abfuhr zu erteilen. Die Classe politique will sich lieber mit den Journalisten gut stellen, egal wenn es zig Millionen an Steuerfranken kostet.

...und auch die Kitas erhalten einen grosszügigen Zustupf

[20.3128/20.3129 Mo. WBK. Bei der familienergänzenden Kinderbetreuung sind alle in der Pflicht](#)

Jede Branche scheint sich in der Coronakrise vom Staat entschädigen lassen zu wollen. Kinderkrippen fallen klar in die Zuständigkeit von Kantonen und Gemeinden. Dennoch will eine Mehrheit des Parlaments gegen den Willen der SVP, dass der Bund einen Drittel der Ertragsausfälle von Kitas übernehmen soll. Die Grosszügigkeit scheint dieser Tage grenzenlos, solange es sich um das Geld anderer handelt.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

Wirtschaftliche Folgen der Coronakrise aufzeigen

[20.3132 Po. WAK-SR. Wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise](#)

Der Bundesrat muss aufzeigen, welche wirtschaftlichen Folgen seine Massnahmen zur Eindämmung des Virus haben. So will es der Ständerat. Er muss dabei offenlegen, welche Abwägungen zwischen gesundheitlichem Nutzen und wirtschaftlichem Schaden er bei der Anordnung der Massnahmen vorgenommen hat. Auch soll er aufzeigen, welche Lehren daraus gezogen werden können.

Lehrbetriebe unterstützen

[20.3163 Mo. WAK-SR. Unterstützung der Lehrbetriebe](#)

National- und Ständerat wollen, dass der Bundesrat gemeinsam mit den Kantonen und den Branchen Massnahmen ergreift, um Lehrbetriebe in der aktuellen Situation zu unterstützen. Es soll sichergestellt werden, dass weiterhin genügend Lernende beschäftigt werden können.

Kredite zum Nulltarif während acht Jahren

[20.3147/20.3152 Mo. FK. Verlängerung der Rückzahlungsfrist für die vom Bund verbürgten Kredite](#)

[20.3148/20.3153 Mo. FK. Beibehalt des Nullprozentszinses für die vom Bund verbürgten Kredite](#)

[20.3149 Mo. FK-NR. Erweiterung der Einsichtsrechte bei Bürgschaften](#)

[20.3139 Mo. WAK-NR. Keine Profiteure bei den Corona-Massnahmen](#)

Mit verbürgten Krediten will der Bundesrat Firmen unbürokratisch unter die Arme greifen, die wegen der Coronakrise in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind. Hinter dem steht auch die SVP. Doch nach nur wenigen Wochen will nun eine Mehrheit von National- und Ständerat, dass die Rückzahlungsfrist von fünf auf acht Jahre verlängert wird und während der ganzen Zeit ein Zinssatz von null Prozent gilt, nicht nur im ersten Jahr. Dies führt lediglich zu Fehlanreizen. Denn nun holen sich alle einen Kredit, auch solche, die ihn gar nicht benötigen oder verdienen. Falls diese Massnahmen nötig würden, hätte man auch noch in ein paar Monaten darüber entscheiden können. Unverständlich ist auch, weshalb der Ständerat einen Antrag der SVP ablehnte, der erweiterte Einsichtsrechte in die Geschäftsbücher der Kreditnehmer verlangte, wenn der Bund als Bürge auftritt. Immerhin soll der Bund aber Massnahmen ergreifen müssen, damit die gleichen Firmen nicht übermässig profitieren, wenn sie bei Gemeinden, Kantonen und Bund anklopfen.

AUSSENPOLITIK

Masslose Selbstüberschätzung im Nationalrat

[20.036 Erklärung des Nationalrates. Corona-Pandemie: Für einen globalen Waffenstillstand](#)

Der Nationalrat verabschiedete gegen den Willen der SVP eine pathetische Erklärung aus der Feder der Linken, die den Bundesrat auffordert, «alles in der Macht der Schweiz Stehende zu unternehmen» und sich für einen globalen Waffenstillstand und den Weltfrieden einzusetzen. Offenbar geht mit der Coronakrise auch ein grosses Mass an Selbstüberschätzung bei vielen Politikern einher, indem sie dem Bundesrat quasi einen Blankoscheck erteilen, um Schweizer Steuergelder in der ganzen Welt zu verteilen.

SICHERHEITSPOLITIK

Armeeinsatz bewilligt

[20.035 Assistenzdienst der Armee zugunsten der zivilen Behörden im Rahmen der Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie](#)

Für die Unterstützung des Gesundheitswesens und der Sicherung der Landesgrenze erfolgte das grösste Truppenaufgebot seit dem 2. Weltkrieg. Nicht alle aufgebauten Milizsoldaten wurden am Ende eingesetzt und daher bald wieder entlassen, da sich die Lage nicht so schlimm entwickelte wie zu Beginn befürchtet worden war. Da es sich um Assistenzdienst zugunsten von zivilen Behörden und keinen Aktivdienst handelte, muss die Bundesversammlung diesen nur nachträglich genehmigen. Sie tat dies einstimmig (Ständerat) bzw. mit überwältigender Mehrheit (Nationalrat).

RECHTSFRAGEN

Keine Betreibungen gegen Reisebüros

[20.3157 Mo. Rechtsstillstand im Betreibungswesen. Ausnahmeregelung für die Reisebranche](#)

Mit der Schliessung der Grenzen und dem Zusammenbruch des Flugverkehrs wegen der Coronakrise werden dieses Jahr viele Auslandferien ins Wasser fallen. Gemäss Pauschalreisegesetz sind die Reisebüros in solchen Fällen verpflichtet, ihren Kunden die Kosten in bar zurückzuerstatten. Das bringt viele Reisebüros in Schwierigkeiten, weil sie ihrerseits von den Fluggesellschaften zurzeit noch kein Geld erhalten. Aus diesem Grund will die Bundesversammlung, dass für die Reisebranche bis 30. September 2020 ein Betreibungsstopp gilt. Denn wenn die Reisebüros Konkurs gehen, ist auch den Kunden nicht geholfen.

SOZIAL- UND GESUNDHEITSPOLITIK

Versorgung mit Medikamenten und Impfstoffen sicherstellen

[20.3166 Mo. SGK-S Erhöhung der Versorgungssicherheit bei Medikamenten und Impfstoffen](#)

Die Coronakrise legte die Abhängigkeit der Schweiz von fragilen weltweiten Lieferketten im Bereich der Medikamenten- und Impfstoffversorgung schonungslos offen. Daher fordert der Ständerat, dass die Versorgungssicherheit in diesem Bereich stark verbessert wird. Der Bundesrat soll insbesondere prüfen, wie solche Produkte wieder vermehrt in der Schweiz und Europa hergestellt werden können. Zudem soll die Armeeapotheke allenfalls ein erweitertes Mandat erhalten, um bei Engpässen umfassender einspringen zu können.

Umfassende Aufarbeitung und Vorbereitung auf mögliche zweite Welle

[20.3162/20.3165 Mo. SGK Für eine risikobasierte Präventions- und Krisenstrategie zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten](#)

Das Parlament fordert vom Bundesrat, dass er so rasch wie möglich Berichte und Analysen zur Vorbeugung einer zweiten Welle und als Schutz vor übertragbaren Krankheiten im Allgemeinen vorlegt. Konkret gefordert wird die Beschaffung des benötigten Schutzmaterials, der Medikamente sowie eine Analyse der bisher getroffenen Massnahmen inklusive deren Auswirkungen auf die Wirtschaft, die Sozialversicherung und übrige Bereiche.

Bundesrat muss Gesundheitskosten der Pandemie aufzeigen

[20.3135 Po. SGK-SR. Auswirkungen der Gesundheitskosten der Pandemie auf die verschiedenen Kostenträger klären](#)

Mittels eines Postulats wurde der Bundesrat beauftragt, einen Bericht über die Auswirkungen auf die Gesundheitskosten der Pandemie zu erstellen. So wurden in den vergangenen Wochen zusätzliche Kapazitäten geschaffen und Infrastruktur erweitert. Bleibt zu hoffen, dass sich die Auswirkungen auf die Krankenkassenprämien 2021 in Grenzen halten werden.

Kurzarbeit und Dividenden nicht vermischen

[20.3164 Mo. SGK-NR. Keine Dividenden bei Kurzarbeit](#)

Die Kurzarbeit scheint das Instrument der Stunde zu sein. Damit kann nämlich vermieden werden, dass Angestellte wegen einer Flaute im Betrieb ihre Stelle verlieren. Die Arbeitslosenversicherung übernimmt während dieser Zeit einen Grossteil des Lohns. Eine Motion aus linken Kreisen wollte nun, dass Betriebe, die Kurzarbeit beantragen, im Jahr 2020 und 2021 keine Dividenden ausbezahlen dürfen. Das ist eine gefährliche Vermischung: Will nämlich eine Firma trotzdem Dividenden ausschütten, kündigt sie einfach den Mitarbeitern, statt sie auf Kurzarbeit zu setzen. Die Arbeitslosenkasse zahlt also so oder so, mit dem Unterschied, dass die Angestellten in einem Fall ihre Stelle behalten, im anderen aber verlieren. Glücklicherweise lehnte der Ständerat die Motion ab, nachdem sie im Nationalrat noch angenommen worden war.

VERKEHRSPOLITIK

Unsinnige Ausfallentschädigung für Staatsbetriebe

[20.3151 Mo. KVF-NR. Ertragsausfälle im öV – der Bund steht in der Pflicht](#)

Obwohl die Betriebe des öffentlichen Verkehrs bereits massgeblich mit Steuergeldern finanziert werden, sollen sie nun auch noch für die Ertragsausfälle angesichts der Coronakrise entschädigt werden. Obwohl selbst der Bundesrat diese unsinnige Motion ablehnte, setzte sich leider auch hier die linksgrüne «Grosszügigkeit» im Umgang mit Steuergeldern durch.

EINGEREICHTE VORSTÖSSE DER FRAKTION

[20.3198](#) Mo. Fraktion V. Covid-19: Das Notrecht ist dringend aufzuheben und auf weitere planwirtschaftliche, zentralistische Eingriffe ist zu verzichten. Die verfassungsmässige Ordnung muss umgehend wiederhergestellt werden

[20.3199](#) Mo. Fraktion V. Suspendierung des Freizügigkeitsabkommens für den Kampf gegen Covid-19 und den Schutz der einheimischen Arbeitskräfte

EINGEREICHTE VORSTÖSSE VON FRAKTIONSMITGLIEDERN

[Parlamentarische Initiativen](#)

[Motionen](#)

[Postulate](#)

[Interpellationen](#)

[Anfragen](#)